

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 2. Juni 2009

Nr. 2009/972

KR.Nr. K 095/2009 (DDI)

**Kleine Anfrage Heinz Müller (SVP, Grenchen): Verhandlungsstand mit den Städten betreffend Einführung einer Einheitspolizei im Kanton Solothurn (05.05.2009);  
Stellungnahme des Regierungsrates**

---

### **1. Vorstosstext**

Kann der Regierungsrat erste Verhandlungsergebnisse mit den drei Städten präsentieren betreffend der Einführung einer Einheitspolizei im Kanton Solothurn?

### **2. Begründung**

Im Kantonsrat wurden zu diesem Thema verschiedene Vorstösse eingereicht. In der Begründung eines überparteilichen Auftrags (A 61/2006) vom 17.5.2005 schrieb der Regierungsrat in seiner Stellungnahme: *„Da die Schaffung einer Einheitspolizei einem grundlegenden Umbau der bestehenden Sicherheitsstrukturen in unserem Kanton gleichkäme, wollen wir dieses Ziel über eine sorgfältige Analyse der Grundlagen und Zielsetzungen auf dem Verhandlungsweg mit den Stadtverantwortlichen und nicht über eine einseitig diktierte Gesetzesänderung erreichen.“*

Diese Vorgehen wurde vom Parlament mehrheitlich gutgeheissen und so beschlossen. Nun sind bereits über drei Jahre vergangen und es stellt sich die Frage: Wie weit ist die Analyse, resp. sind die Verhandlungen mit den Stadtverantwortlichen? Insbesondere bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Fortschritte haben die Verhandlungen mit den Städten bis heute gebracht, die eine Einführung der Einheitspolizei ermöglichen könnten?
2. Welche besonderen und berechtigten Sicherheitsbedürfnisse haben die Städte in den Verhandlungen aufgeführt?
3. Wie ist das Verhandlungsklima zwischen den Vertretern der Städte und denen des Kantons?
4. Werden andere Modelle diskutiert, welche zur Erhöhung der Sicherheit für die Bevölkerung dienen würden?
5. Wann kann die Öffentlichkeit über erste Resultate der Analyse resp. der Verhandlungen informiert werden

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates**

#### **3.1 Vorbemerkungen**

Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass strukturelle Veränderungen im Bereich Sicherheit im Rahmen politischer Diskussionen zu erfolgen haben. Unsere Antwort zum erwähnten überparteilichen Auftrag (RRB Nr. 2006/1497 vom 14. August 2006) gilt diesbezüglich weiterhin. Aus diesem Grund haben wir sowohl im Rahmen des Legislaturplanes 2009–2013 und im Bericht der paritätischen Kommission Aufgabenreform Kanton – Einwohnergemeinden das Thema Sicherheitsstruktur/Einheitspolizei erneut traktandiert.

Zudem weisen wir darauf hin, dass nicht nur Vertreter der Städte in die laufenden Verhandlungen eingebunden sind, sondern ebenfalls Vertreter des Verbandes der Solothurnischen Einwohnergemeinden (VSEG).

### 3.2 Zu Frage 1

Es liegen keine konkreten Verhandlungsergebnisse vor, welche die Einführung der Einheitspolizei ermöglichen könnten. Die kleinen Fortschritte beschränken sich darauf, dass über die Sicherheitsstruktur umfassend diskutiert werden konnte und Meinungen und Ansichten ausgetauscht worden sind. Sämtliche Beteiligten sind zu weiteren Gesprächen bereit und für zweckmässige Veränderungen/Anpassungen offen. Einig sind sich die beteiligten Partner insbesondere darin, dass das zu erzielende Ergebnis eine für alle Korps optimierte Zusammenarbeit sein muss. Es geht darum, die Sicherheit der Bevölkerung auch in Zukunft bestmöglich zu gewährleisten.

### 3.3 Zu Frage 2

Es ist den Städten besonders daran gelegen, allfällige örtliche Probleme weiterhin selbständig angehen zu können und dafür die operative Verantwortung zu tragen. Die Stadtbehörden machen geltend, die sicherheitsrelevanten Bedürfnisse der Bevölkerung zu kennen. Dieses Wissen soll weiterhin in die Erarbeitung möglicher Lösungsansätze einfließen können. Auch wollen sie auf Stadtgebiet wie bis anhin die Möglichkeit haben, in sicherheitsrelevanten Angelegenheiten Schwerpunkte zu setzen.

### 3.4 Zu Frage 3

Zu Beginn spürten wir eine gewisse Abwehrhaltung. Heute beurteilen wir das in den Verhandlungen herrschende Klima mit Blick auf das Thema Sicherheitsstruktur als verbessert. Die geführten Diskussionen sind von gegenseitigem Respekt geprägt und wir erachten sie als durchaus konstruktiv, auch wenn die eigenen Interessen jeweils dezidiert vertreten werden.

### 3.5 Zu Frage 4

Nein. Zu Beginn haben die Städte andere Modelle (beispielsweise Regionalpolizeien) ins Spiel gebracht. In der jetzigen Phase steht weniger die Umsetzung abstrakter Modelle im Vordergrund als vielmehr die spürbare Verbesserung der Zusammenarbeit in ganz konkreten Bereichen polizeilichen Handelns sowie die klare Festlegung der Verantwortlichkeiten.

### 3.6 Zu Frage 5

Bereits in unserer Antwort zur Interpellation Fraktion SVP: Integration der Stadtpolizeien in die Kantonspolizei (RRB Nr. 2006/439 vom 28. Februar 2006) haben wir festgehalten, dass „bei der Zusammenführung verschiedener Polizeieinheiten von einem länger andauernden Prozess auszugehen“

sei. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert. Die konkret erreichten Resultate sind im Hinblick auf die formulierte Zielsetzung bisher zu wenig ergiebig, um nach aussen kommuniziert zu werden.

Die Berichterstattung durch den Regierungsrat erfolgt im Rahmen der Planungsbeschlüsse zur Legislaturplanung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Eng', written in a cursive style.

Andreas Eng  
Staatsschreiber

**Verteiler**

Polizei Kanton Solothurn  
Stadtpräsidenten von Grenchen, Olten und Solothurn  
Präsident VSEG, Kuno Tschumi, EWG 4552 Derendingen  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat